

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 6

Artikel: Der Fall Maria Kerenyi : sozusagen ein Epilog zu Ervin Györgys Erinnerungen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095398>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozusagen ein Epilog zu Ervin Györgys Erinnerungen

Der Fall Maria Kerenyi

Im ZB Nr. 5/1971 beendete Ervin György seine Erinnerungen, die seine Tätigkeit in der ungarischen Friedensbewegung betrafen. Nach Chruschtschews Sturz erlebte der Gedanke der «friedlichen Koexistenz» eine neue Auslegung: mit dem Hinweis auf die «Gefahren westlicher Auflockerungstendenzen» wurde die ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen wieder verschärft. Allzu kontaktfreudige Personen wurden über Nacht zu «staatsgefährdenden Elementen». Auch Ervin György wurde beschuldigt, statt die Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, «westlichen Auflockerungsversuchen» Tür und Tor geöffnet zu haben. Ervin György hat die Folgen dieser Anschuldigungen nicht abgewartet, sondern ist in den Westen geflohen. Welches diese Folgen gewesen wären, zeigt nun der Fall Maria Kerenyi, der man jetzt den Prozess machte.

Frau Maria Kerenyi war im Institut für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland als Referentin für Fragen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland zuständig. Von deutscher Seite oblag die Bearbeitung solcher Probleme im Rahmen der hierfür ohnehin begrenzten Kompetenzen der westdeutschen Handelsvertretung in Budapest dem (seither abberufenen) Mitarbeiter Vergau. Für ihn war Frau Kerenyi das offizielle Gegenüber. Worum ging es überhaupt in dieser «Zusammenarbeit»?

Auftritte ungarischer Künstler, Vorlesungen ungarischer Gelehrter und Schriftsteller in Deutschland oder Deutscher in Ungarn sollten gegenseitig genehmigt und zeitlich koordiniert, Ausstellungen organisiert werden. So war unter anderem das Ergebnis der Arbeit von Maria Kerenyi, dass im Mai 1968 im Westberliner Bezirk Charlottenburg eine «Ungarische Woche» gehalten wurde, an der zahlreiche namhafte Künstler aller Kunstbereiche mit grossem Erfolg für ihr Land warben, oder die ebenfalls sehr erfolgreiche Kunstausstellung im Mai 1969 in Rothenburg ob der Tauber. Maria Kerenyi hatte die Vorlesungsreise von Tibor Dery im Jahre 1967 in der BRD organisiert, ferner die Auftritte zahlreicher Orchester und Solisten, oder das Gastspiel namhafter Zigeunerkapellen.

Aber statt ihr Anerkennung zu zollen, machte man Maria Kerenyi im Februar dieses Jahres in Budapest den Prozess. Sie wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, zum Verlust ihres Privateigentums und zu acht Jahren Verlust ihrer bürgerli-

chen Rechte verurteilt. Sie hätte «staatsgefährdende» Kontakte zu dem früheren Mitarbeiter der westdeutschen Handelsvertretung in Budapest, dem Legationsrat Vergau, unterhalten, hiess es in der Urteilsbegründung.

Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, aber ungarische Zeitungen haben mit halben Seiten, das Fernsehen mit einer 45-minütigen «Dokumentation» darüber im Detail berichtet. Auf dem Bildschirm erschien Frau Kerenyi abgehärtet und sichtlich strapaziert in der Endphase ihres Prozesses. Aber dann wechselte plötzlich das Bild, und man konnte sie frisch frisiert, fürs Fernsehen geschminkt als «Dame» wiedererblicken. Bereitwillig antwortete sie auf die Frage ihres unsichtbaren Interviewers: «Was ich getan habe, das war das abscheuliche Ergebnis eines weitverbreiteten Prozesses unserer Zeit. Wir nennen diesen Vorgang „Auflockerung“. Was sich in mir selbst vollzog und vielleicht in vielen anderen meiner Landsleute, könnte man aber auch „Auflösung“ nennen.»

Die ungarische Presse schrieb schlicht vom «Spionagefall Kerenyi» und beschuldigte die Bundesrepublik, ihre Wühlarbeit im Untergrund und unter Vorwand der «friedlichen Koexistenz» zu intensivieren. Die antideutsche Kampagne fand just zu der Zeit statt, als Aussenminister Peter die «Normalisierung» der westdeutsches-ungarischen Beziehungen beschwor. Dieser merkwürdige Zusammenfall veranlasste den «Kölnner Stadtanzeiger» am 2. März d. J. zur Bemerkung: «Einen Widerspruch sehen (Bonner)

Zwischenbilanz

In der letzten Nummer hatte Valerij Tarsis hier die Novelle «Zwischenbilanz» von Jurij Trifonow besprochen, die in der Dezembernummer von «Nowi Mir» erschienen war. Die Meinung, dass diese Erzählung ein obrigkeitliches Aergernis sein müsse, hat sich inzwischen bestätigt. In der «Literaturnaja Gaszeta» vom 3. März wird die Frage nach dem Standpunkt des Autors gestellt, von dem man bezüglich klarer Einstellung besseres gewohnt sei (Trifonow hat durchaus gehorsame Werke hinter sich). Die «Zwischenbilanz» enthalte unverständlicher Weise nicht einen einzigen Hinweis darauf, dass es ausserhalb der geschilderten tristen Zustände noch die «grosse Welt der Menschen» in der Sowjetgesellschaft gebe. Der Kritiker Jurij Andrejew vermisst den Hinweis, weil Trifonow offensichtlich die Sache vermisst.

Leider ist noch etwas weiteres zu vermerken. Die letzte Nummer von «Nowi Mir» enthält nichts mehr, was bei der Obrigkeit Anstoss erregen könnte. Eine Phase? Eine Wende? Eine Zwischenbilanz? Man wird es sehen.

Regierungskreise zwischen den Andeutungen (des ungarischen) Aussenministers Peter und der gleichzeitig gestarteten Kampagne ungarischer Zeitungen gegen eine angebliche westdeutsche Spionagetätigkeit. Möglicherweise agierten hier zwei verschiedene Richtungen in der Deutschlandpolitik Ungarns gegeneinander.»

Was aber hat Maria Kerenyi für die Deutschen ausspioniert? Was ungarische Presse und Fernsehen in Einzelheiten dazu berichtet haben, klingt so banal, dass man sich nur wundern kann, wenn man vermutet, die stalinistischen Schauprozesse gehörten zu einer längst überwundenen Vergangenheit. Da wird dargelegt, Frau Kerenyi habe ihre Besprechungen mit Herrn Vergau nicht auf offizielle Treffen in den Amtsstuben des Institutes für kulturelle Beziehungen zum Ausland beschränkt. Im Laufe der Jahre habe sie sich mit ihm auch in diesem oder jenem Café von Budapest bei Coca-Cola getroffen. Herr Vergau habe die ungarische Dame

Doch ein neuer Ton

(Fortsetzung von Seite 5)

Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern hin, die trotz ihrem Klassenkampf gegen das kapitalistische System verstanden hätten, dass sie eben auch die allgemeine technische Entwicklung unterstützen müssten, da davon letzten Endes der Lohn der Werktätigen abhängt. Hm. In Polen ist es offenbar bekannt, dass die Gewerkschaften im Westen zum Beispiel für Lohnerhöhungen kämpfen, was den Gewerkschaften in sozialistischen Ländern nicht zusteht. Deshalb dieser Hinweis auf den Westen, dessen gewerkschaftliche Möglichkeiten offenbar unter den Arbeitern Polens einen guten Ruf haben. Aber dass man in Polen ausgerechnet das Masshalten der westlichen Gewerkschaften lobt, ist schon pikant.

Aber abgesehen davon verurteilt die Zeitung doch die polnische Praxis:

«Unter dem Druck der politischen Führung hat sich die Gewerkschaft immer mehr auf die Unterstützung der Administration konzentriert.»

Die Gewerkschaftszeitung «Glos Pracy» (20. Februar) verteidigt grundsätzlich das Gewerkschaftssystem des Landes, verurteilt aber, dass es nicht funktionierte, um die Arbeiterinteressen zu wahren:

«Das Gesetz über Arbeitssicherheit und Arbeits-hygiene von 1966 ist immer noch nicht verwirklicht... Kantinen, Umkleide- und Waschräume wurden als Produktionsräume beschlagnahmt, aber bezeichnenderweise hörte man nie etwas von einem Protest von seiten der Arbeiter. Die Energie der Gewerkschaftsfunktionäre war auf Wirtschafts- und Produktionsprobleme gerich-

tet... An einer Versammlung — der Bericht-erstatte war Zeuge dieses Zwischenfalls — war ein Gewerkschaftsfunktionär kühn genug, vitale Klagen von Arbeitern seiner Gewerkschaft vorzubringen; das Präsidium der Versammlung bedachte ihn mit Ausdrücken wie „Demagog“ und „Defaitist“. An der nächsten Versammlung sprach dieser Genosse überhaupt nicht mehr.»

Unter Bezugnahme auf Ausführungen Giereks ruft der Artikel dazu auf, «das Vertrauen der Fabrikarbeiter in die Gewerkschaften wiederherzustellen».

Die Pressefreiheit wird zum Thema

«Die Presse lügt!» Diesen Slogan hatten die Streikenden in den Küstenstädten auf Transparenten getragen und skandiert. «Vollständige In-

(Fortsetzung auf Seite 12)

sogar in sein Schlafzimmer geführt, um — «Honyy soi qui mal y pense!» — ihr sein neugeborenes Töchterlein zu zeigen. Sie hat auch andere Einladungen Vergaus angenommen; so war sie z. B. zu einer Promotionsfeier einer deutschen Stipendiatin in Budapest erschienen.

Frau Kerenyi habe weiterhin ihre Ansicht nicht verhehlt, dass Herr Vergau ein interessanter Gesprächspartner sei. Dabei aber habe er sich auch — und das ist der konkrete Vorwurf der Anklage — nach den weiteren Aussichten für eine Verbesserung der kulturellen Zusammenarbeit beider Länder erkundigt. Er wollte wissen, wer denn dafür weiterhin zuständig sei, welche Aussichten für die Zukunft zu erwarten seien. Und daraufhin — so weiter der Vorwurf der Anklage — habe Maria Kerenyi auch — *horribile dictu!* — geantwortet.

Wer könnte da noch zweifeln? Die untergründige Spionage ist ans Tageslicht geraten, sie wurde entlarvt. Frau Kerenyi hat dem Vertreter des revanchistisch-militanten deutschen Imperialismus vorzeitig verraten, wie viele weitere Zigeunerkapellen im Kampf gegen den Kapitalismus demnächst auf deutschem Boden eingesetzt werden sollen. Und obendrein wissen die Deutschen jetzt auch, dass das nicht dem Genossen X, sondern dem Genossen Y zu verdanken ist.

Allerdings scheint das nur uns hier in der Demokratie so komisch. Für Frau Kerenyi ist es lei-

der bitter ernst. Und für die andern Ungarn auch. Denn in seiner Tendenz hat sich dieser Prozess hauptsächlich an sie gerichtet. Das lässt die Freizügigkeit der Publicity — die sonst in kommunistisch regierten Staaten nicht üblich ist — klar erkennen. Nach diesem Prozess wissen die Ungarn, dass es besser ist, den Kontakt zu westlichen Ausländern auf das offiziell beschränkte und genehmigte Minimum zu begrenzen, dass es noch besser ist, ihn ganz zu meiden. Westlichen Ausländern gegenüber soll man misstrauisch und vorsichtig sein, da von solchen Kontakten her das droht, was man Frau Kerenyi aussprechen liess: die Auflockerung und Auflösung.

Dieser Prozess zeigt aber auch die Schizophrenie der kommunistischen Führungsspitze, die natürlich nicht nur für die Ungarn bezeichnend ist. Aus machtpolitischen Überlegungen und besonders aus wirtschaftlichen Interessen sucht man die Annäherung zum Westen. Aus der Annäherung erwachsen jedoch innenpolitische Gefahren: die Abschirmung der eigenen Staatsbürger gegenüber westlichen Einflüssen muss zwangsläufig gelockert werden, wodurch die Widersprüche des «sozialistischen Systems» deutlicher zum Vorschein treten. Die Vorteile der Entspannungspolitik bis zur Neige auszunutzen, aber gleichzeitig ihre Untertanen fest im Griff zu bewahren, ist das Traumziel der kommunistischen Führung. Opfer dafür werden nicht gescheut. Diesmal war es Frau Maria Kerenyi. ■

Unser PRESSE-Kommentar

«Es begann damit, dass Saigons Präsident Thieu von der Möglichkeit eines Einmarsches in Nordvietnam sprach und sein intimer Rivale im Generalsklüngel, Hitlerverehrer Ky, in dieser Hinsicht noch um einiges deutlicher wurde.»

Mit diesen Worten leitete Emil Kirschbaum in der «National-Zeitung» vom 10. März einen für Südvietnam unfreundlichen Kommentar ein. Merkwürdig, wie die Möglichkeit einer südvietnamesischen Invasion in Nordvietnam jetzt zu Vorwürfen von besorgniserregender Kriegstreiberie führt, während von den gleichen Kreisen ähnliche Vorwürfe gegenüber der ursprünglichen und anhaltenden Invasion Nordvietnams im Süden nie erhoben worden sind. Merkwürdig auch, wie ernst südvietnamesische Invasionsabsichten von Kreisen genommen werden, die sich nicht genug tun konnten, seit Jahren auf den bevorstehenden Zusammenbruch des angeblich schwachen, unbeliebten, korrupten Regimes in Südvietnam hinzuweisen.

Doch nicht das interessiert uns hier, sondern der so beiläufig und fast subliminal infiltrierte Begriff vom «Hitlerverehrer» Ky. Ein schwerer Vorwurf, der nicht leichtfertig erhoben werden sollte.

Wie verhält es sich mit der Hitlerverehrung des südvietnamesischen Vizepräsidenten Ky? Hier die Entstehungsgeschichte dieser Legende.

An einer Pressekonferenz im Herbst 1966 hatte der ehemalige Vizepräsidentenandidat Ky eine härtere Haltung gegenüber Nordvietnam gefordert. Ein Journalist fragte ihn, ob er eine Taktik befürworte, wie sie von Hitler befolgt

worden sei. Ky antwortete, wenn Hitler damals eine solche Taktik befolgt habe wie er, Ky, sie jetzt befürworte, dann antworte er mit ja.

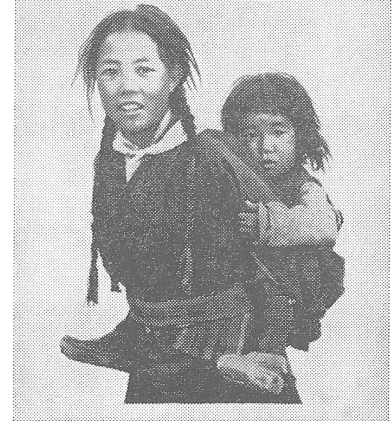
Daraus hat der Journalist aus Ky einen Anhänger Hitlers gemacht, und die Behauptung wurde in vielen Zeitungen abgedruckt.

Nach der Pressekonferenz fragte ein anderer Journalist den damaligen Vizechefmarschall Ky, ob er Hitler kenne. Die Antwort: nein. Wie er denn Hitler habe zustimmen können, fragte der Journalist. Das habe er nicht getan, antwortete Ky; er habe gesagt, falls Hitler in dieser Lage seiner Meinung gewesen sei, was vom Journalisten unterstellt wurde, so sei er, Ky, auch der Meinung Hitlers.

Man kann sich vielleicht wundern, dass der südvietnamesische Präsidentschaftskandidat 1966 von Hitler nie gehört hatte. Indessen ist Hitler eine europäische Erscheinung. Ky war 1966 etwa 36 Jahre alt. Er war also erst zehnjährig, als der Krieg ausbrach und er unter japanische Herrschaft fiel. Weshalb er wohl über die damaligen japanischen Kriegstreiber wie Togo wohl so viel weiss wie wir über die europäischen wie Hitler. Dann hatte Ky in den folgenden 26 Jahren seines Lebens kaum anderes gekannt als den Krieg, in dem er als Nordvietnamer teilnahm, um gegen die Diktatur zu kämpfen, in dem er es auch bis zum Generalsrang gebracht hatte und in dem wohl wenig Zeit bleiben mochte, politische Studien über den Nationalsozialismus zu treiben.

Ueber Ky kann man verschiedener Ansicht sein. Ein Hitlerverehrer ist er nicht. Es ist verantwortungslos, diesen Vorwurf zu erneuern. Die Unwahrheit wird durch stete Wiederholung nicht zu Wahrheit, allen solchen «journalistischen» Bemühungen zum Trotz. *Peter Sager*

Gebt auch ihnen
eine Chance!



12 Jahre nach der Tragödie des tibetischen Volksaufstandes und der Flucht Zehntausender von Tibetern müssen immer noch ungezählte Tibetkinder in den asiatischen Asyländern unter prekärsten Verhältnissen leben — oft krank, in elenden Notunterkünften und ohne Aussicht auf eine bessere Zukunft.

Die Schweizer Tibethilfe versucht, diese Notlage zu beheben, indem sie die Kinder in Internatsschulen unterbringt oder ihnen eine berufliche Ausbildung in Gewerbeschulen verschafft. Dank der Unterstützung zahlreicher Paten können bereits 700 Tibetkinder verschiedene Schulen besuchen. Später werden sie ihren Landsleuten im Exil als Aerzte, Ingenieure, Lehrer und Krankenschwestern tatkräftig zur Seite stehen. Andere Kinder lässt die Schweizer Tibethilfe mit unpersönlichen Stipendien als Schmiede, Traktorführer, Schreiner, Sekretärinnen u. a. m. ausbilden, damit sie später am Aufbau der Tibetersiedlungen wirksam mithelfen können.

Dafür benötigt sie jedoch bedeutende Mittel. Wir gelangen deshalb mit der herzlichen Bitte an Sie, unser auf weite Sicht geplantes Ausbildungsprogramm durch die Uebernahme einer Stipendienpatenschaft zu ermöglichen.

Unser ausführlicher Prospekt vermittelt Ihnen alle wünschenswerten Informationen.

SCHWEIZER TIBETHILFE
Patenschaftsabteilung

6002 Luzern, Tel. 041 239355
Postcheck 60-4800